

OBERRHEINRAT

Sitzung der Plenarversammlung
am 18. Juni 2012 von 10.00 Uhr bis 12.30 Uhr in Riehen, Wenkenhof (Basel-Stadt)

Sitzungsprotokoll

1. Eröffnung

Herr Helmut HERSBERGER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich im Namen der Vorstandsmitglieder, die Sie hier sehen, zur 29. Plenarversammlung des Oberrheinrates.

Zum ersten Mal unter uns begrüße ich als Gast ganz besonders Frau Bärbel SCHÄFER, Präsidentin des Regierungspräsidiums Freiburg und Präsidentin der Oberrheinkonferenz.

Ich heiße auch herzlich willkommen insbesondere die Nationalräte Beat JANS und Eric NUSSBAUMER, als Vertreter der Wirtschaft den Präsidenten des Basler Gewerbeverbandes Marcel SCHWEIZER, sowie den Regierungspräsidenten des Kantons Basel-Stadt, Guy MORIN, dem ich hiermit gerne das Wort erteile.

Herr Guy MORIN:

Sehr geehrter Herr Präsident des Oberrheinrates, sehr geehrte Herren Vize-Präsidenten, sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin, sehr geehrter Herr Präsident des Generalrates, sehr geehrter Herr Landratspräsident, sehr geehrte Herren Nationalräte, sehr geehrte Gäste, es ist mir eine Ehre, Sie ganz herzlich hier willkommen zu heißen.

Wie Sie wissen, durchläuft derzeit die Europäische Union eine eher schwierige Phase. Diese Krise lässt uns mehr denn je zuvor bewusst werden, wie stark wir voneinander abhängig sind. Wer in dieser Situation im Rahmen unserer Kooperation am Oberrhein, insbesondere aber auch bei uns in der Schweiz meint, wir könnten uns den Auswirkungen entziehen und uns auf eine Insel der vermeintlich Glückseligen zurückziehen, der schätzt meiner Meinung nach die Situation nicht richtig ein.

Tatsache ist, dass angesichts der Euro-Schuldenkrise, der Aufwertungsdruck beim Schweizer Franken anhält und die Schweizer Wirtschaft in eine immer schwierigere Lage gerät. Die Szenarien schließen dabei auch eine Rezession nicht aus. Wie die Geschichte es wiederholt gezeigt hat, besteht in solchen Zeiten die Gefahr, dass man sich ins eigene Reduit zurückzieht. Umso wichtiger scheint es mir, dass wir am Oberrhein solchen Entwicklungen entgegenwirken und mit gutem Beispiel vorangehen.

Dazu gehört auch, die Kräfte zu bündeln und die Arbeit in den diversen grenzüberschreitenden Gremien, insbesondere in Bezug auf Verkehr, wirtschaftliche Entwicklung, aber auch bei Bildungs- und Forschungsprojekten zum Wohl unserer Einwohnerschaft noch besser miteinander zu vernetzen und aufeinander abzustimmen.

Mit der Bildung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein wurde auf Ebene der Kooperation ein erster wichtiger Schritt getan. Hier geht es als Nächstes darum, dass die

Säule Politik und die darin vertretenen Mitglieder des Oberrheinrats und der Oberrheinkonferenz verstärkt Verantwortung für diese Bündelung der Kräfte übernehmen und gemeinsam mit den Eurodistrikten und dem Städtenetz unsere Interessen gegenüber Brüssel, Paris, Berlin und Bern aktiv vertreten.

Aus Schweizer Sicht kann ich Ihnen sagen, dass wir mit der Gründung der Metropolitankonferenz Basel Anfang 2012 genau in dieser Frage einen großen Schritt vorangekommen sind. Die Metropolitankonferenz ermöglicht eine neue Form der Abstimmung zwischen kantonalen, kommunalen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und schafft damit die Grundlage für eine gebündelte Interessensvertretung gegenüber Bundes-Bern. Diese wird nicht nur dem Raum Basel, sondern der gesamten trinationalen Metropolregion zugute kommen.

Gerne verdeutliche ich dies am Beispiel unserer jüngst aktualisierten Verkehrsbotschaft, die wir den eidgenössischen Parlamentariern zugestellt und der Öffentlichkeit kommuniziert haben. Tatsächlich hat die Metropolitankonferenz Basel rund um das Agglomerationsprogramm Basel diverse finanzielle Forderungen an den Bund gestellt, die bei entsprechender Realisierung weit über die Landesgrenzen hinaus einen positiven Effekt für das gesamte Elsass und den badischen Raum nachziehen würden. Dazu gehören u.a. Projekte wie die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke oder der Schienenanschluss an den EuroAirport.

Bei der Erarbeitung solcher Botschaften ist es mir ein großes Anliegen, dass auch eine Abstimmung mit den deutschen und französischen Nachbargemeinden und -regionen erfolgt. In der Metropolitankonferenz Basel wird sie durch den Trinationalen Eurodistrikt sichergestellt. Der vor fünf Jahren gegründete Trinationale Eurodistrikt Basel (TEB) beschäftigt sich primär mit Fragen der Raumplanung, der Verkehrsinfrastrukturen sowie mehr und mehr auch der zivilgesellschaftlichen Kooperation. Als konkrete Beispiele möchte ich die IBA Basel 2020 erwähnen, die von der EU im Rahmen des Interreg-Programm unterstützt und das Bild unserer Agglomeration mit neuen Visionen und Impulsen über Jahre hinaus prägen wird.

Positiv hervorheben möchte ich aber auch die Fortschritte in Bezug auf die grenzüberschreitenden Tramverlängerungen nach Weil am Rhein und Saint-Louis sowie Verbesserungen im Tarifsysteem, die im Dreiland Erleichterungen bei der grenzüberschreitenden Benutzung des öffentlichen Verkehrs gebracht haben.

Nicht zuletzt möchte ich im Bereich der Zivilgesellschaft auf die jüngst lancierten Mikroprojekte hinweisen, mit denen der Trinationale Eurodistrikt Basel ab sofort bis Ende 2014 mit insgesamt 400.000 € diverse kleinere Projekte fördert. Dazu gehören Turniere, Ausstellungen oder Austauschprogramme von Vereinen und anderen Gruppierungen, deren Ziel darin besteht, in unserer Region das trinationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken.

Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass der TEB als Sprachrohr der Gemeinden zunehmend an Bedeutung gewinnt, wie in jüngster Zeit das Interesse an einer TEB-Mitgliedschaft beweist. Dies stimmt mich gleichzeitig auch zuversichtlich, dass wir mit unserem Eurodistrikt und der Metropolitankonferenz Basel weiterhin einen substantiellen Beitrag zu der Kooperation leisten und in diesem Sinn auch den Oberrheinrat und seine Arbeit optimal unterstützen können.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen eine interessante und erfolgreiche Plenarversammlung, sowie einen weiterhin engagierten Einsatz zugunsten unserer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Herr HERSBERGER:

Als Bürger von Sissach, Basel-Land, bin ich besonders erfreut, heute auch aus dem Nachbarkanton Basel-Land eine starke Delegation begrüßen zu dürfen, angeführt vom Präsidenten des Landrates – dem Parlament des Kantons Basel-Land – Urs HESS, und von

Regierungsrat Urs WÜTHRICH, *past president* der Oberrheinkonferenz. Und ich freue mich auch über die große Beteiligung aus dem Elsass; ein Tag nach den großen Parlamentswahlen in Frankreich ist das ja nicht selbstverständlich.

Zwei Entschuldigungen möchte ich doch stellvertretend erwähnen. Dieter SALOMON, Oberbürgermeister von Freiburg ist z.Zt. auf dem Weg nach Rio zum Klimagipfel, wo er vielleicht noch mehr bewegen kann als hier bei uns. Und die EU-Parlamentarier aus der Region, die wir eingeladen hatten, mussten sich auch entschuldigen, was klar ist, wenn die Pflicht zwei Mal ruft.

Liebe Oberrheinräte und Gäste, seien Sie alle herzlich willkommen.

Seit der Gründung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein im Dezember 2010 sind die Augen der Öffentlichkeit vermehrt auf uns gerichtet. Man erwartet von uns, dass wir – ungeachtet der bestehenden Kantons-, Gemeinde-, Departements-, Landkreis-, Regierungsbezirks- und Landesgrenzen – die Dinge so gestalten, dass das Leben der Einwohner erleichtert und verbessert wird. Dies stellt – Sie alle wissen es – eine besondere Anforderung dar, der wir uns zwar gerne stellen, bei der wir aber immer wieder eine große *expectation gap* feststellen. Der Einwohner der Region erwartet einfache und praktikable Lösungen und dies möglichst umgehend. Dies bedingt effiziente politische Arbeit. Ich bitte Sie, dies bei Ihren Voten in den nächsten 2 ½ Stunden zu berücksichtigen.

Wir befinden uns hier – ich habe das ausgerechnet – im Epizentrum Europas – ohne allerdings in Europa zu sein, (schon) zu Europa zu gehören. Selbstverständlich kann sich dies jederzeit ändern, aber es könnte auch bleiben, wie es ist. Und so lange werden wir Lösungen für uns und unsere Nachbarn unter Missachtung der bestehenden Landesgrenzen, auch über die EU-Außengrenzen hinweg, angehen und umsetzen. Günter OETTINGER, Kommissar für Energiefragen in Brüssel, hatte wohl Recht, als er vor vier Jahren die Aufgaben eines Oberrheinrates als die wohl schwierigste und herausforderndste Arbeit eines Politikers bezeichnet hat. Aber – liebe Kolleginnen und Kollegen – wir bleiben zuversichtlich und wachsen an unserer Herkulesaufgabe...

Nachdem dieses Jahr zum ersten Mal in der Geschichte des Oberrheinrates ein Parlamentarier aus einer Landgemeinde des Kantons Basel-Stadt Präsident des Oberrheinrates ist, möchte ich die Chance nützen, Ihnen zu zeigen, wie der Kanton Basel-Stadt strukturiert ist (Folie). Wir versuchen etwas aus dem Schatten der großen Stadt hinauszutreten. Geografisch gesehen ist das relativ harmlos: Bettingen und Riehen sind bannmäÙig fast so groß wie die Stadt Basel. Die Stadt Basel hat aber 160.000 Einwohner, Riehen hat 20.000 und die zweite Landgemeinde Bettingen nur 1.200.

Ich übergebe nun das Wort dem Präsidenten der Gemeinde Riehen, Willi Fischer.

Herr Willi FISCHER:

Meine Damen und Herren, Seien Sie herzlich willkommen hier im Wenkenhof, nur einen Steinwurf von Bettingen entfernt, der Gemeinde Ihres Präsidenten. Riehen mit rund 2/3 seiner Gemeindegrenzen als Landesgrenzen, aber Grenzen nicht zum Abgrenzen, sondern zum Kooperieren in Vielfalt.

Unsere Kurzformel lautet „Riehen Lebenskultur“, d.h. vor allem familienfreundliches Wohnen. Dies hat uns zum Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ - eine UNICEF-Auszeichnung - verholfen. Riehen ist aber auch Weltkunstort. Ihnen allen bekannt ist die Fondation Beyeler und das Beyeler-Museum mit seinem internationalen Renommee, seiner Ausstrahlung, die bewirkt, dass im Durchschnitt pro Tag tausend Leute aus aller Welt nach Riehen kommen, um sich der Kunst zu widmen. Ich empfehle Ihnen das und insbesondere die laufende Sonderausstellung von Jeff Koons mit seinen speziellen Installationen.

„Riehen Lebenskultur“ heißt aber auch umweltbewusste Gemeinde zu sein. Wir haben als erste Gemeinde den European-Energy-Award in Gold erhalten für unsere Anstrengungen auf

dem Energiesektor, und es ist bezeichnend, dass dieses Thema bei Ihnen heute auch im Zentrum steht.

„Riehen Lebenskultur“ heißt aber auch Baukultur, wie wir sie hier in Wenken und an anderen Orten haben. Die Basler Herrschaft hat früh erkannt, dass die Sommersitze vorteilhaft in Riehen anzusiedeln seien, weil es eine sonnige Lage ist, nahe genug bei der Stadt, dazu Rebberg, deshalb haben wir auch einen gemeindeeigenen Rebberg und Sie werden davon beim Apero kosten können. Der Wenkenhof als Beispiel für Landsitze wie wir sie zahlreich haben. Wenken gehörte ganz früher zum Kloster Sankt-Blasien. Als Riehen 1522 zur Stadt Basel kam, ging der Wenkenhof in privaten Besitz über. Das blieb bis Mitte des letzten Jahrhunderts so. Es gab klingende Namen der Basler Herrschaft, die hier ein- und ausgingen, wie z. B. Alexander Clavel. Dieser war ein großzügiger Mann. Er vermachte die Anlage einerseits dem Kanton Basel-Stadt; dann gibt es den neuen Wenken mit der Villa, an der Sie vorbeigekommen sind, eine Stiftung, auch öffentlich zugänglich; und hier, der hinterste Teil in Form eines englischen Gartens mit vormaligen Reitanlagen und der Reithalle ging in den Besitz der Gemeinde Riehen über.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie sich wohlfühlen an Ihrer Tagung, wie berühmte Vorgängerinnen und Vorgänger, die hier auch schon waren. Die Königin der Niederlande und der japanische Kaiser waren auch schon im Wenkenhof. Ich bedanke mich, dass Sie mich als Gast bei Ihren Verhandlungen dabei haben.

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank an Willi FISCHER und an Riehen, auch für die Übernahme des Aperos beim nachfolgenden Stehlunch. Ich habe noch zwei Nachmeldungen: der Präsident des Großen Rates Basel-Stadt, Daniel GOEPFERT, wird später zu uns stoßen und auch der Gemeindepräsident von Bettingen, Patrick GÖTSCH, beehrt uns später mit seiner Anwesenheit.

2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 21. November 2011

Sie haben dies erhalten. Wir haben keine Rückmeldungen erhalten bezüglich allfälliger Korrekturen, sodass ich davon ausgehe, dass Sie einverstanden sind und das Protokoll somit genehmigen. Herzlichen Dank.

3. Aktuelles aus der Arbeit der Oberrheinkonferenz

Obwohl Sie noch innerhalb der 100 Tage Schonfrist ist, hat es sich Bärbel SCHÄFER nicht nehmen lassen, uns nicht nur zu besuchen, sondern auch zu uns zu sprechen und uns mit den neusten Informationen aus der Oberrheinkonferenz, unserem regierungsseitigen Pendant, zu informieren. Ich freue mich auf ihre Ausführungen.

Frau Bärbel SCHÄFER:

Sehr geehrter Herr Präsident Hersberger, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, verehrte Damen und Herren, zunächst bedanke ich mich ganz herzlich für die heutige Einladung und dass Sie mir Gelegenheit geben, vom Präsidium der Oberrheinkonferenz vom vergangenen Freitag in Bad Säckingen zu berichten.

Wir waren ganz bewusst zu Besuch am Hochrhein, denn das Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz und des Oberrheinrates reicht weit über Basel hinaus, bis an die Grenzen des Kantons Schaffhausen. Am Freitag haben Sie uns, lieber Herr HERSBERGER, über die aktuellen Schwerpunkte der Arbeit des Oberrheinrates berichtet. Wir werden uns in diesem Jahr mit dem Sprecher der Politik der Trinationalen Metropolregion, Charles BUTTNER, regelmäßig treffen, zusammenarbeiten und uns abstimmen.

Das neue Zauberwort am Oberrhein heißt *good governance*: von einander wissen, was gerade läuft (oder auch nicht läuft), sich die Bälle thematisch zuspielen, einander helfen, auf Augenhöhe miteinander schnelle und überzeugende Lösungen suchen. Ich denke, in diesem Ziel sind wir uns einig. Doppelarbeit sollten wir – können wir auch – definitiv ausschließen. Wir sind aber dankbar und froh um jede und jeden, der bereit ist, Projekte verantwortlich zu übernehmen. In der Zeit meiner Präsidentschaft der Oberrheinkonferenz will ich mich gerne und besonders für eine enge Abstimmung zwischen Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz sowie deren Arbeitsgruppen und Ausschüssen engagieren.

Der Blick auf Ihre Tagesordnung zeigt mir, welchen Stellenwert Sie den Bereichen Energieeffizienz und regenerative Energien einräumen. Dabei geht es um Nachhaltigkeit, aber auch Arbeitsplätze für das Handwerk und den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor ständig steigenden Energiepreisen. Diesen Themen würde auch die Oberrheinkonferenz zusammen mit Ihnen in den kommenden Jahren gerne einen Schwerpunkt einräumen. Meines Erachtens sollte dies ein Dauerthema für beide sein.

Am vergangenen Mittwoch trafen Sie sich verehrter Herr Minister RICHERT und die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia BAUER in Straßburg zu einem Gespräch, bei dem insbesondere die Arbeit der Säule Wissenschaft der TMO erörtert wurde. Mit der Wissenschaftsoffensive ist es gelungen, Forscher von beiden Seiten des Rheins zu gewinnen und zu gemeinsamen Projekten zusammenzuführen. Sie werden hierzu später sicherlich noch etwas sagen, aber der Bereich der Energieforschung könnte bei einer erneuten Auflage des Programms im Mittelpunkt der Überlegungen stehen.

In Bad Säckingen hat die Oberrheinkonferenz ausführlich über das oberrheinische Naturerbe, einen Schwerpunkt meiner Präsidentschaft, gesprochen. Das Projekt Ariena „Eine Natur, zwei Sprachen, ein Netzwerk“ verbindet Umweltbildung für junge Menschen mit Spracherwerb und das interkulturell. Mit dem geplanten Projekt „Naturerbe und Identität“ wollen wir die schönsten Plätze am Oberrhein als Orte der Erholung dokumentieren und den Menschen als Ausflugsziel bekannt machen. Das Projekt „Oberrhein – Europäische Landschaft des Jahres 2013“ wird von den ehrenamtlich wirkenden Naturfreunden Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz vorbereitet. Das Vorhaben versteht sich als Beitrag zur Säule Zivilgesellschaft und wirbt mit grenznahen und grenzüberschreitenden Natura-Trails, trinationalen Wandertagen und Radtouren. Es wird viele Gäste aus ganz Europa anziehen und sicherlich auch konkrete wirtschaftliche Auswirkungen im Bereich des Tourismus haben.

Unser Experten-Ausschuss Fischerei hat nach nur vier Sitzungen den vorliegenden Fischereibericht fertiggestellt und vorgelegt. Anlass war eine ganz praktische Situation. Ein französischer Angler wurde auf dem Rhein abgetrieben und von der deutschen Wasserpolizei zur Rede gestellt; seine Geräte wurden beschlagnahmt, weil er nicht im Besitz des erforderlichen Fischereischeines war, denn auf französischer Seite ist es nicht erforderlich. Ziel der Arbeit ist es also in diesem Bereich eine gemeinsam anerkannte Fischereiprüfung zu erreichen, grenzüberschreitend gültige Angelscheine. Wir sind da auch schon einen ganzen Schritt weiter in der freiwilligen Anerkennung bestimmter sachkundiger Nachweise. Es gehört auch dazu eine Anpassung der Schonzeiten. Die sind diesseits und jenseits des Rheins völlig unterschiedlich und wir wollen schließlich, dass die Fische nicht wissen müssen, auf welcher Seite sie wann schwimmen müssen. Also ein Projekt mit ganz praktischen Auswirkungen.

Der Experten-Ausschuss Tourismus hat das 2-Millionen-Projekt „Upper Rhine Valley“, das einen europäischen Guide Michelin und viele andere innovative Ideen hervorgebracht hat, vorgestellt und dieses Projekt soll auch fortgesetzt werden. Die europaweit einmalige Zusammenarbeit der 31 Tourismus-Verbände in der Metropolregion (die Übernachtungszahlen sind fast vergleichbar mit denen der Toskana und Südtirols) generieren immerhin 15% des BSP am Oberrhein. Messeauftritte in China, Japan, Indien, Kanada und die geplante Markterschließung in Brasilien und Russland, Broschüren, Flyers,

Autobahnbeschilderungen, *technical visits* für Akteure, standardisierte Angebote für Reiseveranstalter usw. sind nur einige wenige Stichworte dieses umfassenden Projekts.

Öffentlicher Personennahverkehr im grenzüberschreitenden Raum ist auch ein Thema des Oberrheinrates. Grenzüberschreitende Eisenbahnstrecken sind überwiegend da, aber es gibt keine einheitlichen Fahrscheine. Ziel dieses Experten-Ausschusses ist es, zum einen einheitliche Tarifgruppierungen zu finden, einheitliche Fahrscheine zu entwickeln, – möglicherweise auch Kombinationslösungen mit den nationalen Tickets –, aber eine wichtige Aufgabe dieses Ausschusses ist es auch (und da gibt es auch schon erste Erfolge zu verzeichnen), dass man Fahrscheine, so es die denn gibt, auf jeder Seite, jedem grenznahen Bahnhof erwerben kann. Also Stichworte Europa-Pass, baden-württembergische Schülerferientickets sind dort nur einige Tarifmöglichkeiten.

Prävention und Gesundheitsförderung werden ein zentrales Thema der nächsten Jahre werden, dem sich ein auf Dauer eingerichteter Experten-Ausschuss der ARGE-Gesundheit folgender Frage widmen soll: Wer hat überhaupt noch Zugang zu Angeboten, wenn die Gesundheitskosten steigen? Wie bei den Themen Ökologie und Nachhaltigkeit muss sich auch das Thema Prävention und Gesundheitsvorsorge ins Bewusstsein der Menschen vorarbeiten. Wir haben *best practice* Beispiele: Die gilt es dort zu erarbeiten und auf der Forschungsebene eine Verknüpfung herzustellen.

Unter der Überschrift „Mehr Perspektiven für Deinen Kopf“ wollen wir Schüler dort abholen, wo sie sich mit 17 oder 18 Jahren aufs Abitur vorbereiten und auf die Möglichkeiten grenzüberschreitender Studiengänge hinweisen. Nur 200 von 170.000 Studierenden am Oberrhein sind grenzüberschreitend aktiv. Im September findet die Pilotveranstaltung in Oberkirch statt. Der Internetauftritt hierzu soll bereits diese Woche möglich sein. Wir möchten unter dem Stichwort zu einem sehr frühen Zeitpunkt einem *brain drain* entgegenwirken und einen *brain gain* erzielen.

Am 23. Mai fand in Sissach die Sitzung der deutsch-französisch-schweizerischen Regierungskommission statt. Gemäß der staatsvertraglichen Vereinbarung ist die Regierungskonferenz ein Organ dieser seit 1975 wirkenden Einrichtung. Ohne näher darauf einwirken zu wollen, dort bringen wir die Probleme auf den Tisch, die nur national gelöst werden können und wir sind dankbar, dass wir auf diese Weise den direkten Draht in die Hauptstädte haben. Herr BUTTNER wird Ihnen später noch mehr aus der Arbeit der TMO berichten, sowie von dem anstehenden Dreiländerkongress der Zivilgesellschaft, der am 27. Juni in Landau stattfindet und zu dem wir Sie nochmals an dieser Stelle auch ganz herzlich einladen wollen.

Lassen Sie mich meinen kurzen Bericht schließen mit der Feststellung: Die Oberrheinkonferenz braucht den Oberrheinrat, seinen Rat, seine politische Unterstützung und Begleitung. Für Ihr Engagement in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein und für die Trinationale Metropolregion darf ich Ihnen sehr herzlich danken und ich freue mich auf die künftige Zusammenarbeit mit Ihnen.

4. Neues aus der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Herr HERSBERGER:

Charles BUTTNER, Sprecher der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO), wird uns orientieren, wie es weiter gegangen ist mit der Trinationalen Metropolregion Oberrhein, die wir ja gegründet haben als Dach – ich würde nicht sagen Dachorganisation – nur als Dach für Oberrheinrat, Oberrheinkonferenz und die verschiedenen Säulen der Zusammenarbeit. Wir wollen keine weiteren Strukturen schaffen, sondern die bestehenden optimal nutzen.

Herr Charles BUTTNER:

Zunächst möchte ich sagen, dass ich meine Aufgabe als Sprecher der TMO mit viel Bescheidenheit, aber auch mit sehr viel Willenskraft erfüllen werde.

Ich möchte Sie zunächst daran erinnern, dass die Metropolregion Oberrhein tatsächlich die Oberrheinkonferenz, den Oberrheinrat sowie zahlreiche Kommissionen unter einem Dach einschließt. All das muss natürlich unsere Bevölkerung ansprechen. Wir müssen dem also mehr Kohärenz verleihen. Das ist nur ein Aufruf: ich stelle fest, dass bei uns im Elsass die Bezeichnung Metropolitanregion Oberrhein ein Jargon ist, den nicht viele Leute verstehen, sodass wir vielleicht aufgerufen sind, gemeinsam einen Namen zu finden – wie ich es am Freitag bei der Oberrheinkonferenz ansprach – der etwas „sexier“ ist, der die Einwohner dieses Rheintals besser anspricht.

Die Metropolitanregion besteht aus vier Säulen und so sollten wir uns zunächst durch diese mit unseren Aktionen an die Bevölkerung wenden. Im Rahmen der Säule Wissenschaft wurde die Offensive Wissenschaften am 11. Oktober 2011 gestartet. Sieben Vorhaben wurden eingereicht. Für jedes wurde ein vollständiger Antrag dem Interreg-Sekretariat unterbreitet. Also, das ist eine Säule, die sich schon mit sehr praktischen Aktionen konkretisiert.

Was die Säule Wirtschaft betrifft, möchte ich den Erfolg von Helmut HERSBERGER unterstreichen, der sich dafür eingesetzt hat, dass die Nordwestschweiz mitmacht. Heute haben sich die sieben Industrie- und Handelskammern und vier schweizerische Unternehmen zusammengetan, um die Stelle des Koordinators mithilfe einer Interreg-Subvention zu finanzieren. Die eingestellte Person soll in Kehl angesiedelt werden. Es geht nicht darum, dass wir eine zusätzliche Struktur schaffen, sondern eine kohärente Koordinierung.

Bezüglich der Säule Zivilgesellschaft muss der Dreiländerkongress, der am 27. Juni in Landau tagen wird, sich der Herausforderung stellen, konkrete Antworten auf die Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger zu geben, die anlässlich der drei Bürgerforen in 2010 und 2011 gestellt wurden. Und wir müssen auch den Austausch zwischen der Zivilgesellschaft und den grenzüberschreitenden Einrichtungen dauerhaft gestalten bzw. den Bürgern, die es wünschen, die Möglichkeit geben, sich am Oberrhein zu beteiligen. Es handelt sich also um eine gewaltige Herausforderung und dieser Dialog sollte dazu beitragen, das Grenzüberschreitende an sich im Bewusstsein der Bevölkerung auf beiden Rheinseiten zu verankern.

Nun zur Säule Politik. Ich möchte auf die verschiedenen Prioritäten zurückkommen, die für 2012 festgelegt wurden. Was zunächst die Governance betrifft, so haben wir vor ein paar Monaten mit den Arbeiten begonnen. Sie sollten in verschiedene Governance-Modelle für das Oberrheingebiet münden. Sie werden dem politischen Ausschuss, den wir in Colmar versammeln, am 18. September vorgestellt. Jede Instanz, die Sie hier als Mitglieder des politischen Ausschusses vertreten, muss sich dann eines dieser Modelle bewilligen lassen. Es handelt sich dabei um sehr anspruchsvolle Arbeiten, mit dem Ziel mehr Sichtbarkeit, Kohärenz und Effizienz bei der Artikulierung der grenzüberschreitenden Gremien zu schaffen. Viele unter uns wissen, dass das wiederholte Einberufen von Kommissionen, die sich nicht treffen, die sich kaum austauschen, auf einen Mangel an Kohärenz, ja an Ehrgeiz zurückzuführen sein könnte. Die Frage der gemeinsamen Arbeitsweise ist angesichts der Beschaffenheit unserer Gremien äußerst schwierig. Ich darf es für all die anwesenden Kollegen sagen: wir bedürfen einer besseren Artikulierung und Kohärenz zwischen der Oberrheinkonferenz und dem Oberrheinrat. Manche fragen sich, ob beide nicht am gleichen Tag tagen könnten. Auf jeden Fall müssen wir uns neue Lösungen zugunsten einer besseren Artikulierung einfallen lassen, wobei jeder wohl versteht, dass es eine legislative, politische Rolle geben muss – hier wäre eher der Oberrheinrat gemeint – und eine exekutive Rolle – und dies wäre eher die Oberrheinkonferenz.

In Bezug auf die Kommunikation innerhalb der TMO erhielt die im November gegründete Website bereits 7.500 Besucher aus allen Ecken Europas. Wir haben auch schon allerlei Werbematerial wie Flyers usw. in der Bearbeitung. Ich möchte auch das Vorhaben mit den Verkehrsschildern auf den wichtigsten Straßen des Oberrheingebiets erwähnen, das die

Bürger informiert, dass sie in die Metropolregion Oberrhein kommen — wobei wir hoffen, dass man einen einfacheren Namen finden wird. Dieses Vorhaben ist in der Studienphase und ein Treffen mit dem Straßburger Presseclub, mit mir und meinen deutschen und Schweizer Gegenüber als Sprecher, ist Anfang September 2012 vorgesehen.

Dann gibt es noch ein Projekt, das von Willi STAECHLE anlässlich unserer jüngsten Arbeitssitzungen vorgeschlagen wurde, um diese Metropolregion durch Kommunikation bei der Bevölkerung besser bekannt zu machen, nämlich indem begonnen wird, die Bürgermeister des Oberrheins über die Ziele und Fortschritte dieser Metropolregion noch vor Ende 2012 zu informieren.

Was den Sport betrifft – einer der größten Vektoren, der die Bevölkerung zusammenführt – möchte ich nur das Vorhaben erwähnen, ein Event umzusetzen in der Form einer Fußball-Meisterschaft U15 (für die 15jährigen). Eine Art Europa-Meisterschaft könnte organisiert werden. Wir arbeiten schon mit der europäischen Fußball-Liga, die zahlreiche Partner in der Schweiz und in Deutschland hat und die damit schon begonnen haben. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, damit wir Politiker bei den Veranstaltungen einen kräftigen Beitrag leisten können. Das würde letztlich die Organisation des Events erleichtern, nämlich das Endturnier in einer der größeren Städte des Oberrheins.

Wir sind natürlich eine Region in Europa, wahrscheinlich die meist beobachtete, weil sie Modellcharakter hat. Wir müssen sie auch fördern. So wird am 10. September ein Treffen mit den Europa-Abgeordneten des Oberrheins stattfinden. Schon zwei Mal wurde ein solches erfolgreich durchgeführt, mit einer starken Beteiligung der Europa-Abgeordneten.

Wir werden zudem am 11. Oktober an den Open Days in Brüssel teilnehmen. Und eine Begegnung mit dem Europakommissar für Regionalpolitik, Herrn Johannes HAHN, sollte demnächst stattfinden, wobei wir die Zukunft des Interreg-Fonds für die Zeitspanne 2014-2020 besprechen werden.

Dann, was die Koordinierung zwischen den Säulen angeht, rufe ich in Erinnerung, dass wir im Februar eine erste technische Sitzung zur gegenseitigen Abstimmung zwischen den vier Säulen der Metropolregion in Colmar abgehalten haben. Am 10. Dezember werden wir dort eine Sitzung aller Sprecher und hoher Vertreter – wiederum in Colmar und auf meine Einladung – veranstalten.

Zuletzt möchte ich noch kurz auf das Koordinierungstreffen vom 8. Juni 2012 zurückkommen. Wir haben uns mit Frau SCHÄFER und Herrn HERSBERGER getroffen und diese Themen behandelt, insbesondere die Umsetzung einer Lobbying-Strategie bei den europäischen Institutionen, damit die gegenwärtige Finanzierung sichergestellt wird. Die Frage des Schienenanschlusses des EuroAirports sowie des 13. Dreiländerkongresses wurden bei dieser Gelegenheit ausführlich bearbeitet.

Das war nun mein Bericht in Bezug auf die Gesichtspunkte. Wir stimmten überein, was die Hauptziele betrifft: eine verbesserte Kohärenz und Lesbarkeit bei den Einrichtungen und eine effizientere Rationalisierung in der Praxis, sowie die Notwendigkeit, für den Oberrhein nach außen hin zu werben. Wir müssen also die Bevölkerung besser ansprechen, durch eine Bezeichnung, die das alles besser wiedergibt.

Wenn Sie Wortmeldungen zu diesem Programm haben, würde ich mich besonders freuen Sie zu hören.

5. Bericht zu laufenden Resolutionen

Herr HERSBERGER:

Wir haben früher Resolutionen verabschiedet und uns dann wenig um deren Ergebnisse gekümmert. Notfalls haben wir eine zweite Resolution eingegeben. Nun möchten wir einer

Resolution konsequent nachgehen, weil die Erfahrung zeigt, dass nach der ersten Euphorie und positiven Stellungnahmen das Risiko immer wieder besteht, dass Dinge versanden und keine konkreten Maßnahmen umgesetzt werden. Deswegen gehe ich mit Ihnen die letztjährigen wichtigsten Resolutionen kurz durch.

5.1. Atomkraftwerke

Eine vielbeachtete Resolution war jene vom Juni 2011 zu den Atomkraftwerken, bei der wir verlangt haben, dass die acht Atomkraftstandorte – die sich im Gebiet des Oberrheins oder in unmittelbarer Nähe befinden – nach einheitlichen Kriterien beurteilt, gegenüber gestellt und daraus dann Schlussfolgerungen gezogen werden sollen, welche Standorte zu schließen und welche weiterzuführen sind. Diese Resolution fiel auf fruchtbaren Boden; die Regierungen haben eigentlich unisono positiv reagiert, aber dieser Quervergleich, die Ergebnisse der Stresstests, liegen noch nicht vor.

Zweitens haben wir gefordert, dass die Katastrophenorganisation trinational aufgebaut wird. Wer Gelegenheit hatte, die Katastrophenübung «Seismo» vom Mai 2012 zu erleben, hat gesehen, dass es da noch ein Riesenpotenzial zur weiteren Kooperation gibt. Frankreich, das Elsass, war aus verschiedenen Gründen nicht dabei und die Koordination auch zwischen der Schweiz und Deutschland würde einem wirklichen Stresstest bezüglich eines atomaren Störfalls wohl kaum standhalten.

Diese zwei Forderungen halten wir aufrecht. Wir kommen damit aber eher in die nächste Plenarversammlung, denn z.Zt. fehlt das Datenmaterial.

5.2. Artenreichtum

Die Resolution betreffend Erhalt und Ausbau des Artenreichtums durch Schaffen von Korridoren zwischen den verschiedenen Naturschutzgebieten fand ebenfalls gute Aufnahme. Die Umsetzung wird uns aber noch einige Zeit beanspruchen.

5.3. Rebrechte

Die Resolution Rebrechte werden wir im Traktandum 7 wieder aufnehmen. Es geht hier um einen Beschluss der EU vor drei Jahren, der von uns in Frage gestellt wird. Aber dazu wird uns Daniel HOEFFEL noch detailliert orientieren.

5.4. Bahnanschluss Euroairport

Auch der EuroAirport hat bereits zu einer Neufassung einer Resolution geführt. Wir möchten den Schienenanschluss des Euroairports endlich realisieren. Wir glauben, dass wir jetzt genügend evaluiert und beurteilt haben. Wir müssen jetzt Taten folgen lassen und in diesem Sinne war die, wenn auch vorsichtige Rückzugsformulierung von Baden-Württemberg etwas irritierend. Wir haben gehört, dass wir jetzt aufpassen müssen, dass es nicht unheilige Allianzen gibt, dass aus den unterschiedlichen Gründen wieder Gegnerschaften entstehen. Aber das behandeln wir separat.

5.5. Stiftung Kultur

Der Vorschlag zur Schaffung einer trinationalen Stiftung hat eher zu kritischen Reaktionen geführt, indem Baden-Württemberg und der Kanton Aargau sich eher kritisch geäußert haben zu diesem Modell der Finanzierung. Das Projekt wird deshalb z.Zt. nicht weiter verfolgt.

Soviel eine Kurzübersicht zu den letztjährigen Resolutionen und dem heutigen Stand.

Bevor wir zu den neuen Resolutionen kommen, möchten wir uns inspirieren lassen. Ich begrüße Eric NUSSBAUMER, Mitglied des nationalen Parlaments der Schweiz und

Präsident der Nationalratskommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Er hat lange Jahre als Geschäftsführer einer Energiegenossenschaft gearbeitet und beschäftigt sich mit alternativen Energien schon länger als die meisten von uns. Zudem ist er ein Mann der Praxis. Ich danke ihm, dass er uns in seine Kristallkugel bezüglich regenerierbarer Energien schauen lässt.

6. Die Energiewende

Vortrag: „Welche Alternativenenergien werden sich durchsetzen?“

Herr Eric NUSSBAUMER:

Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Oberrheinrates, liebe Gäste, zuerst einmal möchte ich mich für die Einladung herzlich bedanken, nicht aber für das Thema, das Sie mir gesetzt haben, denn es ist nicht so einfach für Politiker, wenn sie sich in das Feld der Prophetie vorwagen und darum werde ich natürlich die Antwort nicht geben können, welche Alternativenenergie sich durchsetzen wird.

Dennoch möchte ich ausführen, dass das Oberrheingebiet uns den besten Anschauungsunterricht gibt, welche neuen Energienutzungstechniken sich vielleicht eines Tages durchsetzen werden. Auf die Frage „Welche Alternativenenergien werden sich durchsetzen?“ gibt es für mich eine einfache Antwort: Das hängt alles alleine von den ökonomischen Rahmenbedingungen ab, welche von der Politik europäisch, national aber auch regional im Oberrheingebiet geschaffen werden.

Denn, warum hat es in Deutschland mehr Photovoltaikanlagen als in der Schweiz? Warum werden im elsässischen Homburg ganze Gewerbegebäude gebaut mit nur Photovoltaik-Dächern? Nein, nicht weil im Südbadischen die Sonne mehr scheint als im Elsass oder in der Nordwestschweiz. Nein, der einzige Grund sind die Rahmenbedingungen für die entsprechenden privaten Investitionen. Seit Jahren werden sie in Deutschland – das wissen Sie - politisch förderlicher gestaltet, als in anderen Regionen der Metropolitanregion. Ich selber habe in meiner beruflichen Laufbahn Investitionen in erneuerbare Energieprojekte in allen drei Ländern des Oberrheingebiets getätigt und geplant. Darunter waren Windkraftwerke im Schwarzwald, Kleinwasserkraftwerke in den Vogesen und Solarkraftwerke in allen drei Ländern. Warum haben wir das getan? Die Antwort ist einfach: Das Investitionskapital geht dorthin, wo die Rahmenbedingungen verlässlich, langfristig und ökonomisch genügend attraktiv sind. An der Energie- und Klimathematik wird sich zeigen, wie wirkungsvoll unser marktwirtschaftliches System in der Lage ist, die selbstverursachten Fehlentwicklungen im Ressourcenverbrauch durch Veränderungen der Rahmenbedingungen zu korrigieren.

Und natürlich könnte ich Ihnen nun weiter darlegen, dass die Sonnenenergienutzung im Oberrheingebiet ein großes Potenzial hat und dass wir die Geothermie gerade in unserer Region nicht aus den Augen verlieren sollten. Und dass Windenergie und Biomasse ihren Beitrag werden leisten können. Es wären Schätzungen der Potenziale, es wären Zielgrößen, deren Erreichung immer nur von den gesetzten Rahmenbedingungen abhängig sein wird. Es geht natürlich nicht um Potentiale, es geht aber schlussendlich um Rahmenbedingungen, um politisch gesetzte Rahmenbedingungen.

Darum will ich Ihnen ein paar Punkte in Erinnerung rufen, die helfen, die energiepolitischen Rahmenbedingungen zu gestalten, für die Gestaltung der Energiewende.

I. Die wahren Kosten benennen

Unser Energiesystem basiert auf einem falschen Preissignal. Die Ausbeutung von endlichen Ressourcen wird im Preis von Öl und Gas nicht abgebildet. Die Risikofaktoren der Atomenergienutzung werden nicht in den Preis internalisiert. Die Folgen dieser Nicht-Internalisierung externer Kosten sind langfristig falsch gesetzte Preissignale. Wer heute die

wahren Kosten benennt, macht tatsächlich zukunftsfähige Energiepolitik. Je internationaler dies uns gelingt, umso besser, denn der Wettbewerb der umweltschädigenden Produktions- und Wirtschaftsstandorte und der auf endliche Ressourcen basierenden Energiewirtschaft muss nach meinem Dafürhalten beendet werden.

Bereits vor Jahren hat die Schweizerische Akademie der technischen Wissenschaften in ihrer Bench-Schrift zur Energiefrage dazu geschrieben: *„Die Schweiz und die Welt stehen vor großen Herausforderungen im Energiebereich. Die Stabilisierung des Klimas erfordert eine rasche Abkehr von fossilen Energien. Zudem können die Förderkapazitäten des konventionellen Erdöls und von Erdgas bald nicht mehr erhöht werden bei gleichzeitig steigender Nachfrage. Es ist letztlich unerheblich, welches das dringlichere und schwerer wiegende Problem darstellt. Beide Aspekte verlangen ein dezidiertes Handeln, denn ein grundlegender Wandel in der globalen Energienutzung benötigt zumindest mehrere Jahrzehnte.“* Die effiziente Energienutzung und erneuerbare Energiequellen müssen ökonomisch attraktiver werden. Deshalb sollten sich die externen Kosten stärker in den Energiepreisen widerspiegeln.

Kosten der Energieanwendung sind dabei nicht nur die Schadenskosten herkömmlicher Luftschadstoffe, die Risiko- und Folgekosten der Atomenergie und die zwar geringen – aber vorhandenen – externen Kosten der erneuerbaren Energiequellen, alle diese Elemente sind zu berücksichtigen. Es sind aber auch die durch Klimaänderung verursachten Anpassungs- und Schadenskosten, die eingerechnet werden müssen. Diese Kosten sind noch wenig untersucht; sie werden aber für unsere drei Länder in den Gebirgsregionen entlang von Gewässern, im Tourismus und in der Energiewirtschaft erheblich sein.

Externe Kosten können in verschiedener Weise berücksichtigt werden, etwa durch differenzierte Steuersätze oder die Einrichtung von Emissionshandelssystemen. Der Einbezug der externen Kosten in die Energiepreise muss aber flankiert werden durch strenge technische Vorschriften, insbesondere im Bausektor und bei Massenprodukten.

II. Die Energiewende muss aus ethischen Gründen rasch vorangetrieben werden.

Als junger Ingenieur habe ich in den USA ein Buch gelesen mit dem vielversprechenden Titel Energy Ethics. Die ethische Frage begegnet uns bei der Risikoabwägung, bei der Ressourcenausbeutung und auch bei der Frage der Energiegerechtigkeit zwischen Nord und Süd. Mit Interesse habe ich daher als Schweizer Politiker vor Monaten die Kernenergiedebatte in Deutschland verfolgt. Plötzlich ging es um Ethik. Ich zitiere (von der Ethik-Kommission): *„Dem Kern des Kernenergiekonflikts liegen unvereinbare Auffassungen darüber zugrunde, wie mit der grundsätzlichen Möglichkeit eines Großschadensfalls umzugehen ist“.*

Eine kategorisch ablehnende und eine relativierende Position stehen sich hier seit eh und je gegenüber. Die Brücke der Verständigung wurde zwischen Gegnern und Befürwortern der Kernenergie wie folgt formuliert: *„In praktischer Hinsicht gelangen beide Grundpositionen im Hinblick auf die Kernenergie zu dem gleichen Schluss, die Nutzung der Atomkraftwerke so zügig zu beenden, wie ihre Leistung durch risikoärmere Energien nach Maßgabe der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Verträglichkeit ersetzt werden kann.“*

Es gibt Alternativen. Die Energiepolitik heute ist nicht alternativlos. Das zeigen auch technische Szenarien der Schweiz zum Atomausstieg. Wenn etwas nicht mehr alternativlos ist, dann muss eine ethisch verankerte Risikoabwägung zum Schluss kommen, dass eine Gesellschaft den risikoärmeren Weg suchen und gehen muss. Viele politische Organe – auch in der Region des Oberrheins – haben erkannt, dass diese Alternativen machbar sind. Die Gestaltung und die Umsetzung wird kein Sonntagsspaziergang. Die ganze Gesellschaft wird gefordert und Zielkonflikte werden zu lösen sein. Aber entscheidend ist, dass wir immer versuchen, zügig den risikoärmeren Weg einzuschlagen. Geschätzte Damen und Herren, so viel ethische Orientierung muss bleiben.

III. Die Energiewende als volkswirtschaftliche Chancen

Sie kennen die Debatte. Es wird sehr viel Zeit darauf verwendet zu begründen, warum die bisherige Energieversorgungsstrategie der wohlhabenden Volkswirtschaften aus Kostengründen die Richtige sei. Im Wettstreit der Produktionsstandorte müsse man auf die billigste Energiebereitstellung setzen. Diese Sichtweise ist nach meinem Dafürhalten falsch. Die Gewinner eines ökologischen Umbaus der Wirtschaftsweise – nennen sie es von mir aus *Green Economy* – werden die Volkswirtschaften sein, welche frühzeitig und konsequent diesen Weg beschreiten. Sie werden die netto-Arbeitsplatzwirkung zu ihren Gunsten in einem globalisierten Markt nutzen können. Zudem will ich nicht verschweigen, dass zum Beispiel mit der Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich erhebliche und inländische Wertschöpfungspotenziale bestehen. Darum ist es richtig, wenn die Energiewende als volkswirtschaftliche Chance verstanden und konsequent mit einem langfristigen Horizont verfolgt wird. In der Schweiz sind wir erstmals mit einer Energiestrategie 2050 des Bundesrates konfrontiert. Das ist weit weg vom heutigen Dasein! Die Gegner einer solchen Strategie spotten auch bereits sehr lautstark, dass der Bundesrat heute noch nicht sagen könne, wie die Maßnahmen im Jahr 2035 aussehen werden. Ja, das weiß niemand, aber entscheidend ist beim Umbau, dass die Langfristperspektive erkannt und konsequent verfolgt wird. Darum unterstütze ich die Position des Bundesrates in seinen Bemühungen, diese Langfristperspektive in der Energiewirtschaft zu verfolgen.

IV. Es gibt keinen Königsweg, außer der Steigerung der Energieeffizienz und dem Ausbau der erneuerbaren Energien

Worauf soll man denn setzen, was wird sich durchsetzen? Warum schaffen wir es nicht alleine mit Geothermie und könnte man nicht noch sehr viel mehr mit Biomasse machen? Die Suche nach einem Königsweg ist allgegenwärtig – doch es gibt ihn nicht, diese Technologie-Option, die alles löst. Es gibt die Energiewende nur als Innovationsweg. Der Innovationsweg heißt Energieeffizienz und erneuerbare Energien. In beiden Feldern liegt die Zukunft, das Suchen nach einer allein selig machenden Energieträgeroption ist falsch. Uns Politikerinnen und Politikern muss es gelingen, mit den richtigen Regulierungen den Innovationsgeist bei Ingenieurinnen und Technikern zu wecken. Der Marktakteur muss wissen, dass er belohnt wird, wenn er auf verbesserte Energieeffizienz und eine verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energien setzt. Darum ist es richtig, wenn steigende Lenkungsabgaben auf fossilen Brenn- und Treibstoffen eingeführt werden; darum ist es richtig, wenn Emissionsrechte von fossil betriebenen Kraftwerken verteuert werden und darum ist es richtig, dass Atomkraftwerke zu einem Laufzeitende kommen. Denn sie versperren den Weg zu einer risikoärmeren, effizienteren und erneuerbaren Zukunft.

Immer wieder hören wir die Aussage: 100% erneuerbare Versorgung ist noch in diesem Jahrhundert möglich. Die Wissenschaft bestätigt diese Vision bereits in vielen Studien – aber sie weist auch immer darauf hin, dass dies nur gelingen kann, wenn wir die erheblichen Effizienzverbesserungen in der Energieverwendung auch umsetzen. Die Verschärfung von Gebäudestandards muss daher rasch erfolgen. Wir können heute Null-Energie Häuser bauen, wir können Plus-Energie Häuser bauen. Was wir technisch können, sollten wir politisch einfordern.

V. Die Energiewende gelingt mit Versorgungssicherheit und Bürgerbeteiligung

Die Energiewende der nächsten Jahre zu gestalten ist nach meinem Dafürhalten eine größere Herausforderung, als die politische Mehrheitsfindung für einen Richtungsentscheid. Jetzt erst beginnt der politische Prozess, der einem Marathonlauf gleichkommt. Während diesem Lauf sollten wir nicht vergessen, dass die Menschen nur mitmachen, wenn eine zuverlässige Energieversorgung resultiert. Wenn es uns nicht gelingt, die erforderlichen Maßnahmen parallel so zu gestalten, dass Netzausbau, Ausbau der erneuerbaren Kraftwerke und die Verbesserung der Energieeffizienz zu einer zuverlässigen Energieversorgung führen, dann werden wir verlieren. Aus der deutschen Energiepolitik der beiden letzten Jahrzehnte habe ich lernen können, dass die Bürgerbeteiligung zentral ist für

den Erfolg. Das tönt jetzt vielleicht seltsam aus dem Munde eines direktdemokratisch verwöhnten Schweizers. Aber in der Realisierung von grenzüberschreitenden Energieprojekten mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sollten wir gemeinsam weitere Erfahrungen sammeln und uns intensiver austauschen.

Lassen Sie meine Ausführungen schließen mit einer kurzen Stellungnahme zum Resolutionsentwurf „Chancen der Energiewirtschaft am Oberrhein nutzen“. Ich danke dem Vorstand für diesen Entwurf, der wesentliche Punkte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für eine gelingende Energiewende aufnimmt. Am Oberrhein kennen wir alle die Wasserkraftnutzung bestens. Die Industriellen Werke Basel (IWB) sind als Stromversorger mit 100% erneuerbarer Energie gut aufgestellt. Sie haben Beteiligungen an Wasserkraftwerken und an Pumpspeicherkraftwerken. Auch andere Energieversorger im Elsass, im Südbadischen, in der Region, bemühen sich um eine zukunftsfähige Energieversorgung. Die Oberrheinregion ist daher aus meiner Sicht geeignet, das Zentrum der 100%-Vollversorgung aus erneuerbaren Energien zu werden. Es ist eine Chance, die wir in grenzüberschreitender Zusammenarbeit intensiver nutzen sollten.

Es ist gut, dass in der Resolution auch einzelne Forschungsprojekte namentlich erwähnt werden – aber denken sie bei der Verabschiedung der Resolution daran, dass die förderlichen Rahmenbedingungen für mehr Energieeffizienz und mehr erneuerbare Energien sich nicht nur auf einzelne Anwendungen oder Technologien reduzieren lassen, sondern dass wir die ganze Breite, die ganze Vielfalt der Möglichkeiten im Auge behalten müssen. Die Vielfalt macht unsere Region am Oberrhein stark – die Vielfalt der technischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten und die daraus abgeleiteten Regulierungen und Anreize bringen uns die Energiewende.

Herr HERSBERGER:

Wir sind beeindruckt vom Fachwissen, das sich hier kombiniert und es hat mich aus Basler Sicht besonders gefreut, das jemand sich getraut, den Finger zu heben, dass es die Geothermie immer noch gibt. Auch wenn wir da einen gewissen weißen Fleck auf unserer Augenlinse haben. Wenn die Fragestellung bei Eric NUSSBAUMER schwierig war, dann wird es vielleicht jetzt noch schwieriger. Wir begrüßen Dr. Alberto ISENBURG, den Leiter des Amtes für Umwelt und Energie Basel-Landschaft und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Klimaschutz der Oberrheinkonferenz. Dr. ISENBURG, welche Chance bietet uns die Energiewende für die Oberrheinregion?

Vortrag: „Ist die Oberrheinregion bereit für eine Zukunft der erneuerbaren Energien?“.

Dr. Alberto ISENBURG:

Herr Präsident, geschätzte Anwesende, ich möchte Ihnen in einem Kurzreferat die Antwort geben zur Frage: Ist die Oberrheinregion bereit für eine Zukunft der erneuerbaren Energien? Ich kann Ihnen die Frage bereits mit Nein beantworten. Aber wir sind auf dem Weg und auf einem guten Weg. Vorneweg: Warum sind wir noch nicht ganz bereit? Weil es in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – und ich bin mittlerweile zwölf Jahre aktiv dabei – einerseits Entscheidungen, Resolutionen, Strategien braucht. Das haben wir jetzt alles schon gehabt. Aber es braucht vor allen Dingen auch Menschen. Menschen, die andere Menschen zusammenführen und vernetzen, in den großen Herausforderungen, die uns mit der Energiewende bevorstehen.

Der Oberrhein ist klimatisch eine Einheit, begrenzt durch Vogesen, Schwarzwald, Jura. Logisch-wirtschaftlich ist es keine Einheit. Wir haben politische Grenzen in diesem Gebiet, aber wir haben bereits 2006 auch erste Kennzahlen erhoben und es sind natürlich gewaltige Mengen an Energien, die da verbraucht werden. Die Kosten sind exorbitant hoch. Wir emittieren auch entsprechend CO₂. Ich weiß nach den Wahlen nun nicht, ob Frankreich in der Kernenergie bleibt. Wie auch immer, wir müssen festhalten: Energiepolitik ist eine Säule der Politik und sie wird, solange wir die Grenzen haben, eben überall als hoheitlich angeschaut und entsprechend unterschiedlich sein. Das wirkt sich sicherlich in der

Gesetzgebung aus sowie in den Umsetzungen. Was wir aber zusammen machen können ist, eine gewisse Harmonisierung zu erreichen.

Im Dezember 2006 hat die Oberrheinkonferenz eine eigene grenzüberschreitende Energie-Strategie unterzeichnet. Man hat sogar gesagt, der Oberrhein soll eine Vorbildregion werden und entsprechend ausstrahlen auf andere Regionen in Europa. Und man hat auch damals gesagt, bereits 2006 – also lange vor Fukushima – dass Effizienztechnologien und erneuerbare Energien zu fördern sind und dass die CO₂-Emissionen entsprechend reduziert werden sollen.

Es beruht immer auf den drei Säulen, die schon lange bekannt sind: Energiesparen, also weniger verbrauchen (auch bei der rationalen Energieumwandlung), Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien. Der Oberrhein hat erneuerbare Energiequellen en Masse. Außer dem Gezeitenkraftwerk – weil wir kein Meer haben – haben wir fast alles: Wir haben Sonne, Wasserkraft, sogar Pumpspeicherkraftwerke – Lac Blanc, Lac Noir in den Vogesen. Wer dort schon mal wandern war weiß, dass dort schon vor langer Zeit gebaut worden ist. Es hat auch einige Menschenleben gekostet. Es war eine Pionierarbeit damals. Wir haben damals schon Geothermie in Soultz-sous-Forêt realisiert; mehr oder weniger gut funktioniert es. In Basel leider nicht, aber vielleicht kommt es irgendwann mal wieder. Wir haben bereits installierte Biogas-Anlagen. Holz wird sehr stark genutzt und auch die Abfälle bzw. die Kehrichtverbrennungsanlagen dürfen wir nicht vergessen. Als Beispiel: Die Stadt Basel versorgt sich praktisch zu drei Vierteln durch die Verbrennung von Abfällen.

Diese Graphik (Folie 7) habe die ich unlängst der Süddeutschen Zeitung entnommen. Sie zeigt, wie der Stromfluss in Europa zusammenhängt. Die Schweiz ist auch Teil davon. Die Regionen am Oberrhein sind miteinander vernetzt, auch im Bereich Strom. Wir können nicht irgendwo den Hahn zudrehen, ohne dass der Nachbar das entsprechend merkt bzw. auch nicht umstellen, ohne dass die anderen es merken.

In der Grenzüberschreitenden Strategie von 2006 ist ein ganz wichtiger Passus enthalten. Die Unterzeichnenden erkannten damals: Wir müssen nicht alles neu erfinden. Wir haben schon genug kluge Köpfe und sehr gute Forschungsanstalten, aber wir müssen voneinander lernen, d.h. wir müssen auf Kooperation setzen und die maßgeblichen Akteure in der Politik, in der Verwaltung, in den Kommunen, der Wissenschaft, der Wirtschaft und den Vereinen zusammenführen.

Die Kooperation: Das ist das Schlüsselwort der ganzen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Und die geht nur über Personen, nicht über Papier, nicht über das Internet, nicht übers Fernsehen oder übers Radio. Deswegen bin ich besonders froh, dass es nach 2006 mit der Kommission Klimaschutz und dem Interreg-Programm möglich war, eine Koordinationsstelle in Kehl zu schaffen, die sich mit dem Thema „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ beschäftigt. Und es hat sich gezeigt, dass mit dem Energienetzwerk TRION der TMO auf das richtige Pferd gesetzt worden ist. Wir haben mit zwei Stellen in Kehl und einem kleinen Büro bereits Erfolge erzielen können, die sonst nicht möglich gewesen wären. Denn ein Ausschuss der Oberrheinkonferenz funktioniert im Milizsystem, für den Auf- und Ausbau eines schlagkräftigen Energienetzwerkes braucht es aber hauptamtliche Personen und dieses Interreg-Programm ist ja durch die öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften breit getragen.

Auch TRION ist aber durch zwei Personen nicht allein zu machen. Wir haben jetzt angefangen, einen sog. Intercluster zu kreieren, grenzüberschreitende Cluster wieder zu vernetzen. Wir haben das sehr starke Pôle Alsace Energivie, das vom französischen Staat sehr viel Geld bekommen hat. Wir haben weitere Cluster im badischen Raum wie Energieforum Karlsruhe, Freiburg Cluster Green City und Strategische Partner für den Klimaschutz, aber auch in der Schweiz mit inet-Basel. Gemeinsam sind wir noch stärker, und an einem Projekt zeige ich Ihnen auf, was in der Pipeline steckt. (Folie 12/13) Zielsetzung eines Interreg-Projekts ist die Marktanalyse und das Marktpotenzial der Gebäudesanierung am Oberrhein. Zusammen mit dem Pôle Alsace Energivie, den Strategischen Partnern für

den Klimaschutz sowie den Verwaltungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Kanton Jura erwägt beizutreten) soll das Marktpotenzial als Grundlage für weitere Maßnahmen ermittelt werden, die schlussendlich auch der Wirtschaft zugute kommen, vor allem im Handwerker- bzw. Gebäudetechnologiebereich.

Ein weiteres Projekt ist die Verbraucherbefragung zu Nearly-Zero-Energy-Building am Oberrhein. Wir stellen fest, dass viele Maßnahmen – auch solche, die schon seit Jahrzehnten Erfolgsmodelle sind und von Förderprogrammen profitieren – in der Wirkung weiter optimiert werden könnten. Warum investieren gewisse Leute nicht? Das ist nicht immer eine Frage des Geldes, sondern vielleicht auch der Einstellung. Man will dieser Frage jetzt grenzüberschreitend nachgehen, um das Verhalten der Bauherren bzw. der Gebäudebesitzer zu analysieren.

Des Weiteren gibt es das Technologie-Monitoring für nachhaltiges Bauen. Hier haben wir an der Fachhochschule Muttenz (Basel-Land) ein Kompetenzzentrum und eine Basel Clean-Tech will dort vor allem Forschungseinrichtungen im Bereich Gentechnik für Gebäude unterstützen und entsprechend auch Unternehmen mit innovativen Produkten und Projekten. Also es eröffnet sich in diesem Bereich ein großer Markt. Die drei Projekte, die ich genannt habe, sind in der Realisierung. Künftige Projekte sind Fachtourismus am Oberrhein, grenzüberschreitende *green visits* (d.h. man bringt interessierte Personen vor Ort an Objekte, damit sie mit eigenen Augen sehen, was ist) und eine grenzübergreifende Studie zum Potenzial der erneuerbaren Energien.

Ein Erfolgsmodell, das sich im Abschluss befindet, ist die trinationale Seminarreihe im Bereich Energieeffizienz bei Gebäuden. Das sind fünf Kurse, die grenzüberschreitend belegt worden sind und sie sind ein Riesenerfolg. Wir haben sogar eine lange Warteliste. Handwerker, Architekten und Planer aus allen drei Ländern nahmen teil, obwohl gewisse Kurse in Straßburg und Karlsruhe stattfanden. Die Ausbildung ist ganz wesentlich, denn nur mit geschultem Personal werden wir erfolgreich sein.

Zum Schluss zeige ich Ihnen noch die Veranstaltungen, die stattgefunden haben. Sie sehen, TRION unterstützt und organisiert auch diese. Wir haben bereits einige Themen behandelt. Auch Holz ist ein Thema gewesen. In Basel fand im November 2011 ein Forum für nachhaltiges Bauen am Oberrhein und in Freiburg im Mai 2012 das Forum für Geothermie am Oberrhein statt, das Frau Regierungspräsidentin SCHÄFER eröffnet hat.

Ich denke, mit diesem Überblick habe ich Ihnen zeigen können, dass einiges getan wird, aber dass es noch sehr viel zu tun gibt. Und dass es wichtig ist, vor allem wenn es um erneuerbare Energien geht, die Akteure an einen Tisch zu bringen. Auch die Stromversorger sind gefragt. Ohne sie geht es nicht.

Herr HERSBERGER:

Ich will diese Referatsreihe nicht beenden, ohne den Referenten zu danken. Ich habe nichts mitgebracht, was mit Energieproduktion oder –einsparung zu tun hat. Ich möchte daran erinnern, dass wir noch andere Prioritäten kennen und überreiche den Referenten deshalb diesen Bildband zur *Petite Camargue alsacienne*, unserem Naturjuwel etwa 10 bis 15 Min. von hier auf französischem Boden, als kleines Dankeschön für Ihre Arbeit.

Jetzt kommen wir zu den Arbeiten der Kommissionen. Ich möchte die Kommissionspräsidenten einzeln bitten, ihren Bericht abzugeben.

7. Arbeiten der Kommissionen – neue Resolutionsentwürfe

Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt:

Herr Peter BRODBECK:

Herr Präsident, geschätzte Anwesende, der geplante und bereits vollzogene Ausstieg aus der Kernenergie und die damit verbundenen Bedenken der Wirtschaft vor Blackouts oder eine Unterversorgung im Energiebereich hat unsere Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt bewogen, zu diesem Thema eine Sitzung abzuhalten. Im Wissen, dass im Wettbewerb zwischen Metropolregionen die langfristige Sicherstellung des Energiebedarfes einen wesentlichen Standortfaktor darstellt und somit im Lichte der aktuellen Entwicklungen auf diesem Gebiet immer mehr zu einem wichtigen Faktor für die betrieblichen Entscheidungen wird.

Die Konsultation der bisherigen Resolutionen hat gezeigt, dass sich die Kommission Landwirtschaft und Umwelt schon seit Jahren mit diesem Thema Energie befasst, sodass wir diese Kommission zur gemeinsamen Sitzung eingeladen haben. Dann war es uns wichtig, von beruflicher Seite eine Analyse der Situation über den zukünftigen Energiebedarf und dessen Gewinnung unter Berücksichtigung der neuen politischen Rahmenbedingungen zu erfahren. Dazu konnten wir als Referenten die Herren Christoph TIMPE, Bereichsleiter Energie & Klimaschutz des Öko-Instituts in Freiburg i. B. und den heutigen Vorredner, Dr. Alberto ISENBURG gewinnen. Es war mir als Präsident aber auch ein Anliegen, an einem praktischen und noch wenig bekannten Beispiel aufzuzeigen, was im Bereich erneuerbarer Energie alles möglich ist. Das war ein Grund, warum wir unsere Sitzung am 19. März in Schöffland im Kanton Aargau abgehalten haben, weil wir dort vor Ort ein Wasserwirbelkraftwerk besichtigen konnten.

Energiewende, Stolperstein oder Chance? Die Referate und die anschließende Diskussion haben aufgezeigt, dass die Energiewende in den nächsten Jahren möglich ist und auch am Oberrhein als Chance genutzt werden kann, dass es aber auf dem Weg dahin noch einige Stolpersteine gibt, die aus dem Weg geräumt werden müssen. Der Resolutionsentwurf legte der Aufgabenstellung der Kommission entsprechend den Fokus auf die Bedürfnisse der Wirtschaft. Großes Potenzial liegt bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, was ein großer Markt auch für KMU am Oberrhein bedeutet. Hier wünschen wir uns eine gute und ausgebaute Beratung und eine größere Vernetzung unter den Bewilligungsbehörden mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen grenzüberschreitend anzugleichen und ein Instrument für die Qualifizierung und Zertifizierung der Anbieter zu schaffen.

Die zentrale Energiegewinnung aus erneuerbarer Energie findet im Süden mit Photovoltaik-Anlagen oder im Norden-Ostsee mit Windparks statt. Diese muss zu uns transportiert und auch gespeichert werden können. Hier wünschen wir uns ein verstärktes Augenmerk auf die nächste Verteilkapazität und Kompatibilität und die Förderung und Entwicklung der Speicherkapazität, sei es durch den Ausbau der Pumpspeicherkraftwerke oder neuer Technologien, für die wir im Oberrhein im Bereich der Druckluft oder elektrodynamischen Speicherung ein Potenzial sehen. Auf diesem Gebiet ist auch die universitäre Zusammenarbeit und Forschung wichtig und auszubauen.

Der Markt für Alternativenergien und dezentrale Lösungen entwickelt sich laufend. Das hat die Kommission am Beispiel des Wasserwirbelkraftwerkes – einer neuen Technologie – vor Ort feststellen können. Bei diesen neuen Technologien gilt es den Wirkungsgrad und Nutzen im Verhältnis zum Verursachen – Eingriff in die Umwelt – festzustellen und Vor- und Nachteile abzuwägen. Auch hier wird die Politik neue Rahmenbedingungen definieren müssen und die Beurteilungs- und Bewilligungspraxis muss sich beschleunigen.

Je nach Szenario werden wir nicht um den Bau von Gaskombikraftwerken herumkommen. Hier gilt es die Kompensation und die unterschiedliche Handhabung des CO₂-Ausstoßes in den drei Ländern zu beachten und grenzüberschreitend Lösungen zu finden.

Und nicht zuletzt haben wir mit dem Energienetzwerk TRION einen guten Player in unserer Region. Es gilt diese Leistung noch besser in der Öffentlichkeit zu verankern, aber auch die Öffentlichkeit noch besser über die positiven Aspekte der erneuerbaren Energien zu informieren.

Die Kommission Landwirtschaft und Umwelt hat, gestützt auf die Ergebnisse der Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt, eine eigenständige Resolution entwickelt. Auf Wunsch des Vorstandes wurden diese beiden Resolutionen zu einer zusammengefasst, die Ihnen heute zum Beschluss vorliegt. Ich kann mich dieser Resolution anschließen, möchte aber betonen, dass sie inhaltlich gestrafft worden ist und deshalb möglicherweise nicht mehr alle Aspekte des Resolutionsentwurfes unserer Kommission enthält. Es ist für mich aber wichtig zu betonen, dass bei allen Überlegungen zur Energiewende die Energie nicht zu einem Standortnachteil für die Wirtschaft werden darf. Die Politik muss mit ihren Entscheidungen der Wirtschaft das Vertrauen geben, dass auch in Zukunft genügend und konkurrenzfähige Energie zur Verfügung stehen wird. Das ist das Anliegen auch unserer Kommission und es ist in dieser Resolution, die wir heute verabschieden werden, auch so dokumentiert.

Kommission Landwirtschaft und Umwelt:

Herr Daniel HOEFFEL:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommission Umwelt und Landwirtschaft hat sich an ihrer letzten Sitzung mit dem Problem der Diversifizierung der Energiequellen befasst – wobei wir uns insbesondere mit der Darstellung und Information des Netzwerkes TRION beschäftigt haben – und mit Photovoltaik Rhein-Solar. Diese Belange sind im Resolutionsvorschlag, den Peter BRODBECK Ihnen vorgestellt hat, einbezogen.

Das zweite Thema, mit dem wir uns seit zwei Jahren beschäftigen, betrifft die Rebrechte im Oberrheingebiet und gleichzeitig, als gemeinsames Anliegen, die Weinberge der Schweiz, des Badischen, der Pfalz und des Elsass. Wie kommt es, dass wir uns zum dritten Mal veranlasst fühlen uns zu diesem Problem der Rebrechte Gehör zu verschaffen? Einerseits weil es eine dringende Angelegenheit ist und andererseits, weil es ein sehr wichtiges Problem ist, das weit über die Rebrechte hinausgeht. Es ist dringend! Zwei Resolutionen, die 2010 und 2011 verabschiedet wurden, haben uns ermöglicht, eine einstimmige Stellungnahme abzugeben, um dadurch unseren Willen zu bekunden, einen Qualitätsweinbau am Oberrhein zu erhalten. Wir sind der Ansicht, dass wir Ihnen heute, um unsere Stellungnahme mit allem Nachdruck zu bekräftigen, eine weitere im gleichen Sinne vorschlagen müssen. Denn wenn die Lage auf europäischer Ebene sich nicht bis zum Ende dieses Jahres 2012 geändert hat, wird die Abschaffung der Rebrechte am 1. Januar 2016 in Kraft treten.

Es handelt sich nicht nur um eine dringliche Angelegenheit, sondern auch um ein wichtiges Problem. Wichtig, weil hier das Image unseres gesamten Rheingebiets auf dem Spiel steht. Die Infragestellung der Rebrechte berührt gleichzeitig die Raumordnungspolitik, die Umweltpolitik und die Tourismuswirtschaft unserer Region. Deshalb muss die Aufrechterhaltung unseres Qualitätsweinbaus unbedingt bekräftigt werden, denn es geht – ich wiederhole es – um das Renommee des Oberrheingebiets.

Durch die Erklärung in aller Form, die wir Ihnen unterbreiten, geht es darum, dass man sich ganz konkret zum Handeln aufgefordert sieht. Bevor dieses Jahr zu Ende geht, brauchen wir einen Vorschlag der EU-Kommission zu unseren Gunsten. Dazu gehört zusätzlich ein Beschluss des Europäischen Parlaments mit qualifizierter Mehrheit; und drittens noch ein Entscheid des Ministerrates, auch mit qualifizierter Mehrheit. Im Klartext heißt dies, dass 14 EU-Mitgliedstaaten und 255 Europaabgeordnete zugunsten unseres Vorschlags abstimmen müssen, wobei wir diesen nicht als Einzige machen. Schon jetzt sind 16 EU-Mitgliedstaaten damit einverstanden. Aber es fehlen uns etwa vierzig Abgeordnetenstimmen, um die erforderliche qualifizierte Mehrheit zu erreichen. Anlässlich der letzten Vorstandssitzung des Oberrheinrates hatte unser Kollege, Charles BUTTNER vorgeschlagen, dass diese Frage

auf die Tagesordnung für das Treffen zwischen der Säule Politik der TMO und den Europaabgeordneten, das am 10. September stattfinden soll, genommen wird.

Sie sehen also, dass über die Annahme unserer feierlichen Erklärung, über die einstimmige Bekräftigung einer eindeutigen Position zugunsten der Aufrechterhaltung der Rechte und durch unsere Arbeit auf allen europäischen Ebenen (Parlament, Kommission und Rat der EU), wir unseren Willen behaupten, wachsam bis zuletzt zu bleiben. Und in dieser Hoffnung auf einen positiven Ausgang wünschen wir uns, dass Sie dem Vorhaben einer feierlichen Erklärung in Bezug auf die Rechte mehrheitlich, ja einstimmig zustimmen werden.

Kommission Raumordnung und Verkehr:

Herr Jürgen BÄUERLE:

Frau Regierungspräsidentin SCHÄFER, Herr Regierungspräsident MORIN, Herr Gemeindepräsident FISCHER, Herr Präsident HERBERGER, ich darf Sie informieren über den Ablauf und den Inhalt unserer letzten Sitzung vom 16. März. Wir haben uns insbesondere über drei Themen unterhalten. Zum einen ging es um gemeinsame Planungen im Rahmen der Rhein Ports Basel-Mulhouse-Weil. Zum anderen haben wir uns intensiv mit der Thematik LKW-Staus an der deutsch-schweizerischen Grenze beschäftigt und zum Dritten, liebe Frau Regierungspräsidentin SCHÄFER, natürlich auch mit der Zusammenarbeit in Sachen Raumordnung/Raumplanung von Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat.

Zum erstgenannten Punkt, gemeinsame Planungen im Rahmen des Rhein Ports Basel-Mulhouse-Weil, hörten wir einen sehr interessanten Bericht von Herrn Peter HADORN, dem Direktor des Rheinhafens Basel. Er berichtete, dass es eine Arbeitsgemeinschaft gibt und dass man auf gutem Weg sei, dass die drei Häfen intensiv zusammenarbeiten. Langfristiges Ziel sei die Etablierung eines trinationalen Hafens. Wir haben uns vorgenommen, dass wir uns am 12. Oktober, in unserer nächsten Kommissionssitzung damit beschäftigen werden. Wir werden auch prüfen, ob wir eine Resolution zur Unterstützung dieses Vorhabens verabschieden und ob es Sinn machen würde, auch den Hafen Kehl-Strasbourg miteinzubinden. Ich denke, Herr Bürgermeister FENRICH, wir sollten auch mal mit Karlsruhe diesen Gedanken bearbeiten.

Der zweite Punkt, LKW-Staus an der deutsch-schweizerischen Grenze: Da haben wir zwei Themenbereiche gehabt. Das eine war die Idee unseres Landtagsabgeordneten Herrn Josef FREY, ob man die Parkplatzanlage, die ehemalige Zollanlage Ottmarsheim wieder reaktivieren könnte. In dem Zusammenhang berichtete uns Herr DREFFORT(?), Leiter der Verkehrsabteilung in der Präfektur Elsass, dass es bereits Überlegungen gäbe, Ottmarsheim als LKW-Parkplatz zu nutzen. Eine Vorstudie sei hier in Arbeit. Wir sind übereingekommen, das Ergebnis dieser Vorstudie abzuwarten, um dann im Gesamtpaket die Thematik von der infrastrukturellen Seite zu bearbeiten und möglicherweise – wenn erforderlich – eine Resolution zu verabschieden. In dem Zusammenhang war es sehr interessant, auch von Herrn ENGI, Zollkreisdirektor in Basel zu hören, dass man dabei sei, ein neues Verfahren zur Beschleunigung des Abfertigungsverfahrens des Transitverkehrs einzuführen. Es heißt TRANSITO. Auch hier sei man auf einem guten Weg und wir möchten die beiden Dinge jetzt einfach mal im Auge behalten: Zum einen die Parkraumsituation und zum anderen die Optimierung der Technik. Wenn mit unserer Unterstützung und der des Oberrheinrates unsere Kommission eine nachhaltige Verbesserung erreichen würde, ich denke, da wären uns sehr viele Menschen hier in der Region sehr dankbar, bis hin zu den LKW-Fahrern. Die ökologische Betrachtung darf man dabei auch nicht vergessen.

Schlussendlich haben wir auch den Beschluss in unserer letzten Plenarsitzung vom 21. November 2011 umgesetzt, indem wir daran gegangen sind, die Zusammenarbeit im Bereich Raumplanung/ Raumordnung zu intensivieren. Wir waren sehr froh, dass Herr Dr. Martin KOLB (Vorsitzender der Arbeitsgruppe Raumordnung der Oberrheinkonferenz und Leiter des Raumplanungsamtes Basel-Landschaft) bei uns war. Es war für uns sehr informativ. Es soll hier auch eine Zielvereinbarung verabschiedet werden, hoffentlich im kommenden Jahr,

damit wir einen Leitfaden haben, wie wir in Sachen Raumordnung/Raumplanung künftig institutionalisiert, aber auch mit hoher Kontinuität und Nachhaltigkeit zusammenarbeiten können.

In unserer nächsten Sitzung, am 12. Oktober, werden wir uns neben den genannten Punkten auf Vorschlag von Herrn Roland AGUSTONI mit der Thematik Wisenberg-Tunnel beschäftigen. Ich habe vor, das Thema Rheintalbahn Code 24 ein weiteres Mal auf die Tagesordnung zu nehmen. Und wir sollten auch die in Arbeit befindliche Studie zur Thematik Rheinüberquerungen – Welche sind erforderlich und wo? Das war letzte Woche im Planungsausschuss des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein Thema – in dem jeweiligen Planungsstadium vorstellen. Hier soll ja geprüft werden, was sollen wir tun zwischen Rheinau-Gambsheim und Lauterburg, haben wir hier Bedarf?.

Kommission Kultur, Jugend und Bildung:

(Frau Barbara SCHLEICHER-ROTHMUND: entschuldigt)

Frau Helen SCHAI:

Herr Präsident, Meine Damen und Herren, die Kommission hat ihre Sitzung am 16. April im Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum in Neustadt an der Weinstraße in Rheinland-Pfalz durchgeführt. Schwerpunkt der Sitzung war die Weinbauausbildung am Oberrhein. Tagungsort und Zeitpunkt standen im Zusammenhang mit der Tatsache, dass im Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum in Neustadt in diesem Semester ein Bachelor-Studiengang Weinbau und Önologie als erster seiner Art in Deutschland startet. Zielsetzung des Themas Weinbauausbildung am Oberrhein war es zu beleuchten, wie die einzelnen Regionen am Oberrhein die Weinbauausbildung geregelt haben und was die Regionen voneinander lernen können.

Dabei hat der Studienleiter des neuen Studienganges, Herr Prof. Ulrich FISCHER über den neuen Studiengang und die Weinbauausbildung in Rheinland-Pfalz informiert; der Direktor der Landwirtschaftsschule Rouffach, Herr Daniel NUSSBAUMER, hat einen Überblick über die Ausbildung im Elsass gegeben; Herr Walter DEPPELER, Mitglied des Oberrheinrates und Winzer aus dem Kanton Aargau, hat einen Überblick über die schweizerische Ausbildung im Weinbau gegeben; und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Landwirtschaft der Oberrheinkonferenz, Herr Dieter BLASS von der Bezirksregierung Freiburg, hat über die Organisation in Baden-Württemberg informiert und damit auch schon ein Stück gemeinsame Kommissionsberatung zwischen Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz wahrgenommen.

Die Ergebnisse der Beratungen sind in der Resolution zur Weinbauausbildung am Oberrhein zusammengefasst. Die Empfehlung unterstreicht insbesondere die Bedeutung des Weinbaus und der Weinwirtschaft für die Oberrheinregion und ihre weitere Entwicklung und betont die Bedeutung einer qualifizierten Ausbildung für die Qualitätssicherung im Weinbau. Auf die einzelnen Punkte in der Empfehlung möchte ich nicht eingehen; ich nehme an, Sie haben die alle gut studiert und haben gesehen, wie vielfältig die Punkte sind. Die Kommission Kultur, Jugend und Ausbildung empfiehlt die Annahme dieser Empfehlung. Sie empfiehlt darin auch, dass sich neben den Exekutiven der Oberrheinregion zugleich die Koordinatoren der Säulen Wissenschaft und Politik mit der Resolution befassen, um damit auch die Möglichkeiten zu nutzen, welche die Strukturen der neuen Zusammenarbeit in der Oberrheinregion bieten.

8. Neue Resolutionsentwürfe des Vorstands

Herr HERSBERGER:

Uns liegen insgesamt sechs Resolutionen vor, die vom Vorstand *à l'unanimité* unterstützt werden. Ich habe gehört, dass es bei einer Resolution Gegenstimmen geben könnte. Das ist zwar selten, aber das gibt es. Ich habe deshalb kurz in unsere Gründungsvereinbarung geschaut: Formal ist es so, dass der Oberrheinrat seine Beschlüsse und Empfehlungen grundsätzlich im Einvernehmen fasst. Ist dies nicht herstellbar, beschließt er mit 2/3 der Anwesenden, mindestens aber mit der Hälfte seiner Mitglieder.

Ich gebe das Wort nun Frau STÖRR-RITTER zur Resolution betreffend Unterstützung des S-Bahn-Betriebes Mulhouse/Müllheim.

Frau Dorothea STÖRR-RITTER:

Herr Vorsitzender, die Diskussionen mit dem Verkehrsministerium in Baden-Württemberg haben stattgefunden und haben eigentlich auch zu einem positiven Ergebnis geführt. Allerdings muss das Verkehrsministerium sich mit dem Finanzministerium laut eigener Aussage noch abstimmen. Es werden noch gewisse Verhandlungsspielräume genutzt werden müssen. Ich kenne diese noch nicht ganz genau. Ich weiß nur, dass der Landkreis da auch mitinvolviert sein muss, weil es eben eine gemeinsame Lösung geben soll, die den Landkreis dann an anderer Stelle treffen wird, was den Betrieb betrifft. Insofern ist die Angelegenheit noch nicht zum Ende geführt worden. Sie ist auf gutem Weg, da bin ich zuversichtlich, aber ich plädiere dafür diese Resolution jetzt so zu verabschieden, damit nochmals klar wird, wie wichtig diese Verbindung ist.

Herr HERSBERGER:

Die Resolution „Schließung deutsches Konsulat in Straßburg“ ist auf Anregung von Philippe RICHERT im Vorstand eingegangen und beschlossen worden. Ich möchte ihn bitten uns kurz zu sagen, worum es geht.

Herr Philippe RICHERT:

Wir haben – durch die Presse – erfahren, dass die Bundesrepublik Deutschland beschlossen hat, das deutsche Konsulat in Straßburg zu schließen. Das betrifft 50.000 deutsche Staatsbürger, die im Osten Frankreichs wohnhaft sind. Das ist auch die größte deutsche Bevölkerungsgruppe, die von einem Konsulat in Frankreich betreut wird. Sollte dieses Konsulat schließen, würde das für die betroffenen Staatsbürger bedeuten, dass sie sich künftig direkt an die Botschaft nach Paris wenden müssten. Das wäre natürlich eine wesentliche Umstellung. Gleichzeitig stellt es ein sehr nachteiliges Signal von Seiten des Staates dar in Bezug auf die Ausrichtung der Metropolregion Oberrhein in der Zeit, wo man gerade anfängt, diesem Begriff Substanz zu verleihen und wo gleichzeitig die Feierlichkeiten zum Gedenken des Elysee-Vertrages beginnen.

Aus all diesen Gründen haben wir selbstverständlich zuerst die Bundeskanzlerin angeschrieben. Ich habe mich auch an den französischen Minister des Auswärtigen Amtes gewandt, damit er ein gutes Wort einlegt und die deutschen Behörden bittet, ihre Entscheidung rückgängig zu machen. Mir ist bekannt, dass der Oberbürgermeister von Straßburg auf gleiche Weise vorgegangen ist, um auf die Folgen einer solchen Entscheidung aufmerksam zu machen. Das wollte ich also betonen und den Wunsch äußern, dass diese Resolution, die dem Vorstand eingereicht wurde, Unterstützung finden möge.

Herr HERSBERGER:

Zum Schluss die Resolution “Schienenanschluss EuroAirport“. Sie ist ganz kurzfristig entstanden. Wie Sie vielleicht gehört haben, wurden Finanzierungszusagen wieder relativiert. Ich möchte hier aber das Wort Willi STAECHELE geben.

Herr Willi STAECHELE:

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind aufgeschreckt worden durch den Brief eines Ministerialdirektors aus dem Stuttgarter Verkehrsministerium. Einen Brief des Inhalts, dass man die Zusage – die schon gegeben und übermittelt worden war 2009 – die Mitfinanzierung bei der Bahnanbindung des EuroAirports, wieder zurücknehmen wollte bzw. relativieren würde. Ich denke, wir alle, die wir die Vorgeschichte kennen, wissen, dass das ein falsches Signal zum falschen Zeitpunkt ist. Wir haben lange darauf hingearbeitet, ein Einvernehmen erzielt in einer Angelegenheit, die wir für existenziell halten, was Infrastrukturen am Oberrhein anbelangt. Und wir haben uns gegenseitig Mut gemacht, gegenseitig motiviert in der Angelegenheit. Ich verhehle nicht, dass ich damals mit stolz war.

Kollege RAU hat damals die Botschaft überbracht und die Bedeutung dieses AirPorts speziell betont. Von 5 Mio. Passagieren kommen immerhin 20% aus dem deutschen Bereich. Und wer weiß, was der EuroAirport noch so bedeutet für einen Wirtschaftsstandort. Also kurz, wir standen dahinter, wohlwissend, dass es immer gut ist, dahinter zu stehen, wenn man nur einen Teil der Finanzierung schultern muss. Wir wollten also unseren Freunden in Frankreich Mut machen, die um einiges Mehr dran sind. Kurzum, ich halte es für einen absoluten Blödsinn unsererseits, deutscherseits, dies jetzt in Frage zu stellen. Und deswegen muss der Oberrheinrat dazu Stellung nehmen. Deshalb die Resolution und ich bitte, dass Sie da zustimmen.

Herr HERSBERGER:

Sie haben die Ausführungen für die vorliegenden sechs Resolutionen gehört. Wer von Ihnen jetzt noch eine Frage hätte oder ein Statement abgeben will, sollte sich jetzt melden.

Herr Josef FREY:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche zur Resolution „Schienenanschluss EuroAirport“ und bedanke mich, dass ich das Wort ergreifen kann. Das Land Baden-Württemberg – und der Ministerpräsident KRETSCHMANN seit seinem Amtsantritt – pflegt einen engen Austausch mit der Schweiz und Frankreich. Und die vielfältigen Kontakte der Landesregierung mit Herrn RICHERT, zuletzt mit Frau BAUER, wo ich selbst anwesend war, zeigen deutlich, dass das ein großes Anliegen dieser neuen Landesregierung ist. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat einen hohen Stellenwert in der Landesregierung.

Aber um die vorliegende Resolution beurteilen zu können, ist es notwendig, die Hintergründe zu kennen, die bei der baden-württembergischen Landesregierung zu dieser Entscheidung geführt haben, das 220-Millionen-Projekt „Schienenanschluss EuroAirport“ finanziell nicht zu unterstützen. Das war und ist keine leichte Entscheidung, das können Sie mir glauben. Die im Jahr 2009 von Ministerpräsident OETTINGER vorgeschlagenen 10 Mio. EUR Beteiligung des Landes wurden schon damals und später unter bestimmten Bedingungen in Aussicht gestellt. Sein Nachfolger, Herr MAPPUS, sah die Absage schon 2010 auf die Landesregierung zukommen und wird am 10.07.2010 in der Badischen Zeitung zitiert: „Das kriegen wir im Moment nicht hin“. Herr RAU hat das daraufhin korrigiert mit einem Schreiben zehn Tage später, aber es war dort schon ersichtlich, dass nur unter bestimmten Bedingungen eine Finanzierung überlegt wird, aber auch beim Ministerpräsidenten doch zumindest eine Unsicherheit damals da war, die dann später von seinem Staatsminister korrigiert werden musste.

Nach dem letzten Regierungswechsel in Baden-Württemberg haben wir bei einem Kassensturz festgestellt, dass im Landeshaushalt, der etwa 39 Milliarden EUR beträgt, ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden EUR klafft. Um nur ein Beispiel zu nennen – es gäbe deren viele: Wir müssen jährlich mindestens 250 Mio. zusätzlich zahlen, damit wir 2020 die Pensionen der Beamten noch bezahlen können. Und 2020 kommt auf alle Bundesländer in Deutschland die sog. Schuldenbremse, die uns Nettokredite verbietet, zu. In dieser Situation steht Baden-Württemberg heute, wo wir Einsparungen in allen Bereichen vornehmen müssen, um einen Haushalt vorzulegen, der *good governance* Kriterien entspricht. Die neue Landesregierung hat das Projekt Schienenanschluss dann nochmals wohlwollend überprüft. Eine Beteiligung ist aber wirklich nicht möglich. Wir wollen keine Gelder versprechen und zusagen, wenn sie nicht im Haushalt einplanbar sind, das gehört zur *good governance* und zur Ehrlichkeit.

Dies hat nun im März 2012 dazu geführt, dass die Regierung mit dem Verkehrsministerium die Entscheidung an den Flughafenbetreiber übermittelt hat und am 30. April hat Ministerpräsident KRETSCHMANN diese Vertretern der Kantone in Bern bestätigt. Persönlich wissen Sie von mir, dass mir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit seit Jahrzehnten wichtig ist. Die Tatsache, dass wir uns gemeinsam stetig über die wichtigen Themen austauschen, die uns bewegen, die Bereitschaft, die wir an den Tag legen, Lösungen und Kompromisse zu finden und das Verständnis, das wir für die Situation des

anderen aufbringen, das ist die Basis für respektvolle und ehrliche Zusammenarbeit in der trinationalen Region. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis für meinen Antrag, die Punkte 5 und 6 der Resolution zu streichen. Dann können meine Kollegen und ich ohne Weiteres zustimmen, ansonsten müssten wir die Resolution ablehnen.

Herr HERSBERGER:

Es scheint also zumindest, dass diese eine Resolution umstritten ist. Ohne dass ich mich jetzt mit meinen Vorstandskollegen schon abgesprochen habe, gehe ich nicht davon aus, dass mit Streichung der Punkte 5 und 6 die Resolution noch Sinn machen würde.

Herr Helmut RAU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist immer ein bisschen peinlich, wenn man aus einem Teil des Oberrheingebiets die internen Streitigkeiten in dieses Gremium hereinträgt. Das scheint sich jetzt nicht ganz vermeiden zu lassen. Ich will mir trotzdem untersagen, über die Haushaltspolitik der Landesregierung hier längere Ausführungen zu machen, wenngleich das gerade geschehen ist. Schauen Sie sich nur die Relation an: Es geht um 10 Millionen. Der Landeshaushalt hat über 39 Milliarden. Da weiß jeder, wie groß die Bedeutung dieser 10 Mio. für den Landeshaushalt ist. Wenn wir dann noch sehen, dass wir gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung von vor drei Jahren Mehreinnahmen von 5 Milliarden haben, dann ist es eine Frage des guten Willens. Und deswegen sollten wir am Oberrhein zusammenstehen. Es war nie selbstverständlich, dass wir an diesen Punkt kommen, dass wir beim Flughafen Basel-Mulhouse erstens etwas mitgestalten können und zweitens auch von deutscher Seite bereit sind, einen Beitrag dazu zu leisten.

Es war Rolf BÖHME, der Oberbürgermeister von Freiburg, der viele andere getrieben hat, der – ich erinnere mich daran – Erwin TEUFEL als Ministerpräsident auch wirklich Feuer gemacht hat. Und es waren dann alle am Oberrhein – gut, Ihre Fraktion war da noch nicht daran beteiligt, aber ansonsten waren – alle politischen Kräfte am Oberrhein sich einig über die Bedeutung dieses Flughafens, über die Bedeutung des deutschen Beitrags und über die Tatsache, dass wir einen Fuß in die Tür bringen wollen, denn es war gar nicht immer so, dass wir herzlich willkommen waren, mitzureden.

Das haben wir alles hinter uns gelassen. Wir haben es geschafft, in Partnerschaft über die Themen dieses Flughafens zu reden und Projekte miteinander zu bedenken. Wir haben in diesem Fall gesagt, wir leisten einen Beitrag. Was Ministerpräsident MAPPUS damals in Schopfheim gesagt hat, war, dass es dabei bleibt, dass wir nicht in die Betreibergesellschaft gehen. Das war aber gar nicht strittig. Er hat nicht problematisiert, dass wir diesen Beitrag zum Bahnanschluss nicht leisten. Ich selbst war dann als zuständiger Minister im Staatsministerium auf dem Flughafen in Basel, ich habe die Zusage noch einmal schriftlich und mündlich überbracht.

Und ich bedaure es sehr, wenn wir jetzt, aus welchen Gründen auch immer, uns auf baden-württembergischer Seite nicht mehr in der Lage sehen, dieses zentrale Verkehrsprojekt in unserer gemeinsamen Region weiter zu unterstützen. Für mich ist das nicht nur eine Frage des Geldes. Für mich ist das ein Politikum und ich appelliere sehr an uns, dass wir in diesem Fall nicht einfach die Order von Stuttgart so mitnehmen. So wie wir das früher am Oberrhein immer in großer Selbstständigkeit mitgefordert und mitgestaltet haben, so sollten wir es auch hier tun. Ich appelliere, dass wir beim Flughafen nicht das Signal geben „Macht was Ihr dort wollt. Wir sind nicht mehr dabei“, sondern ich wäre sehr dankbar dafür, wenn wir hier eine Unterstützung formulieren könnten, im Sinne des Antrages.

Herr Rheinhold PIX:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sehr verehrter Herr Präsident, viel lieber würde ich zu einem anderen Thema reden, Weinbau oder Rebpfanzregulierung, aber die Situation macht es leider erforderlich zum Thema „EuroAirport Schienenanschluss“ etwas zu sagen. Keine Angst, ich habe jetzt nicht vor, in die Tiefen der Haushaltspolitik des Landes Baden-Württemberg vorzudringen, sondern ganz im Gegenteil, Ihnen einfach zu erklären, dass es uns sehr wohl wichtig ist, möglichst gut grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten, vor allem

auch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Als Beweis sehen Sie ja schon, das wir uns sehr schwer tun bei einer Lächerlichkeit von 500.000 EUR, wie das Thema der Resolution Mulhouse/Mühlheim, Stichwort „Blauwahl“, zeigt. Inzwischen fällt es dem Land sehr, sehr schwer, Dinge, die man zugesagt hat, auch einzuhalten.

Jetzt haben Sie es hier mit einer anderen Größenordnung zu tun. Und wir haben noch etwas ganz anderes vor, nämlich, unsere Vereinbarungen, die wir bezüglich des NEAT-Abkommens mit der Schweiz geschlossen haben, auf Bundesebene mithilfe des Landes Baden-Württemberg, auch einzuhalten. Da haben wir es uns sehr, sehr schwer gemacht und wir haben fraktionsintern beim von den Grünen geführten Ministerium durchgesetzt, dass wir 250 Mio. in die Hand nehmen, damit es da endlich vorangeht, um zeitnah eine vernünftige Trasse hinzubekommen.

Das heißt also, wir drücken uns keineswegs vor der Verantwortung, sondern wir nehmen das Thema sehr, sehr ernst. Der Unterschied zur Vorgänger-Regierung ist, dass wir Ihnen keinen Sand in die Augen streuen, sondern die Realität sehen. Die Sorge von Landrätin STÖRR-RITTER, was z.B. die Realisierung eines Nahverkehrsprojektes, Thema Breisgau S-Bahn angeht bis 2018, was auch mit der Kleinigkeit von 20 Mio. umschrieben ist – dass dieses Projekt möglicherweise nicht realisierbar ist, aufgrund der knappen Kassen in unserem Landeshaushalt – zeigt doch Ihnen auch, dass es hier unglaublich schwierig ist, solche Zusagen von 10 Mio. einzuhalten und wir uns deshalb entschlossen haben, die Prioritäten anders zu setzen.

Herr Heinz FENRICH:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin jetzt einigermaßen überrascht und frage mich, wo ich hier bin. Ich bin hier im Oberrheinrat. Und der Oberrheinrat vertritt die Interessen des Oberrheingebietes. Ganz abgesehen von meiner kritischen Haltung zum Oberrheinrat im Zusammenhang mit der TMO, dass man da auch einmal etwas ändern müsste im Verhältnis zur Oberrheinkonferenz. Dazu habe ich leider nichts gehört. Aber wir sind hier im Oberrheinrat. Und wir haben die Interessen dieses Gebietes zu vertreten und hier keine Landespolitik zu machen und den Landeshaushalt Baden-Württemberg zu verteidigen (*Applaus*). Wir haben unsere Forderungen zu stellen. Was Sie hier vorgetragen haben, als Gegner dieser Resolution, gehört eigentlich in die Oberrheinkonferenz, aber nicht in den Oberrheinrat. Ich bin enttäuscht, dass es offenbar im Zuge der neuen Zeiten auch möglich sein soll, in Gremien, die bisher *ausschließlich* am Interesse der Region interessiert waren, parteipolitische Abwägungen ins Kalkül zu bringen. Das enttäuscht mich sehr.

Herr RICHERT:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ein kurzer Rückblick in die Geschichte scheint mir jetzt an der Zeit. Mein Vorgänger, Adrien ZELLER, vertrat immer die Ansicht, das Projekt sei interessant, aber nicht realistisch, denn finanziell für die Region Elsass nicht tragbar. Er hatte sich nie für dieses Vorhaben ausgesprochen, weil er wusste, dass die Region Elsass sich schwer tun würde, es zu finanzieren. In dieser Situation hatte er immer das Versprechen sowohl der deutschen wie auch der Schweizer Partner vor Augen und er wurde regelmäßig darauf angesprochen: „Nun, die Schweizer und die Deutschen haben sich schon entschieden, es spielt sich auf französischem Hoheitsgebiet ab... und die Region Elsass geht nicht heran!“

Aufgrund dieser Situation, habe ich, als ich 2010 gewählt wurde, mit der Region Elsass beschlossen, dieses Vorhaben zu unterstützen. Heute, da die Region Elsass sich festlegt, da der französische Staat sich festlegt, erfahre ich – persönlich wurde ich nie kontaktiert, ich habe es erfahren – dass diejenigen, die sich ursprünglich dafür entschieden hatten, die beschlossene Beteiligung jetzt in Frage stellen. Ich wollte nur etwas Geschichte in Erinnerung rufen für diejenigen, die seit zehn Jahren an den grenzüberschreitenden Sitzungen teilnehmen. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Herr HERSBERGER:

Wir haben sehr intensiv über die sechste Resolution diskutiert. Ich schlage vor, dass wir jetzt halt den etwas ungewöhnlichen Weg gehen und abstimmen. Ich bitte die Gäste sich zurückzuhalten.

Ich bitte alle, die gegen diese Resolution sind, die Hand zu heben: 4.

Wer sich enthalten möchte, tue das jetzt: 3.

Wer für diese Resolution ist, zeige das jetzt.

Das ist ein großes Mehr bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen.

Resolution Schienenanschluß EuroAirport: Mit großer Mehrheit verabschiedet.

Ich komme jetzt zu den anderen Resolutionen.

Resolution Rebrechte: Einstimmig verabschiedet.

Resolution Weinbauausbildung am Oberrhein: Einstimmig verabschiedet.

Resolution Chancen der Energiewirtschaft nutzen: Einstimmig verabschiedet.

Resolution S-Bahn Mulhouse-Müllheim: Einstimmig verabschiedet.

Resolution Gegen Schließung Deutsches Konsulat in Straßburg: Einstimmig verabschiedet.

Ich danke Ihnen für dieses speditive Abstimmungsprozedere.

Heinz FENRICH hat die Zusammenarbeit zwischen Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat angesprochen und dass da noch einiges zu tun sei. Ich möchte nicht ein neues Traktandum hieraus eröffnen. Aber ich glaube, wir können sagen, wir haben schon einiges andiskutiert und wir werden sicher bei der nächsten Plenarversammlung mit Schwerpunkt zu diesen Maßnahmen orientieren.

9. Varia

Herr HERSBERGER:

Gibt es noch Arbeitsthemen, die Sie unbedingt innerhalb der Kommissionen und dann auch des Plenums bearbeitet haben wollen? Sie können das selbstverständlich immer über Ihre Vorstandsmitglieder einbringen, aber jetzt wäre die Gelegenheit, wenn jemand ein Thema aufbringen möchte.

Wenn nein, dann erkläre ich hiermit die 29. Plenarversammlung des Oberrheinrats für geschlossen und freue mich mit Ihnen auf die 30. Plenarversammlung, die am 30. November im Kanton Basel-Landschaft stattfinden will. Herzlichen Dank! (*Applaus*)